

Antrag 107/I/2022

Abt. 03/06 Alt-Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Kosten der Auswirkungen des Krieges gerecht verteilen

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
2 gefordert, sich für folgende Maßnahmen zur gerechten
3 Verteilung der Krisenkosten einzusetzen:
4 • Aussetzung der Schuldenbremse auch für das Jahr
5 2023
6 • eine Sondervermögensabgabe
7 • eine Sondersteuer auf die Gewinne der Energieun-
8 ternehmen
9 • eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen in
10 der Einkommenssteuer, die durch eine stärkere Be-
11 lastung der höchsten 5 % der Einkommen aufkom-
12 mensneutral ausgestaltet werden kann

13

14

15

16 **Begründung**

17 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat massive
18 Auswirkungen auf die Energieversorgung, auf die huma-
19 nitäre Hilfe und auf die wirtschaftliche und soziale Si-
20 tuation im Land. Das zieht öffentliche Mehrausgaben
21 und staatliche Einnahmeausfälle nach sich. Insbesondere
22 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ste-
23 hen massiv unter Druck.

24

25 Vor diesem Hintergrund müssen wir auch in der Finanzpo-
26 litik eine Zeitenwende einschlagen. Alles gehört auf den
27 Prüfstand - auch ein paar alte Glaubenssätze der Finanz-
28 politik der Konservativen und Liberalen, wie die Schulden-
29 bremsen. Angesichts der aktuellen Notlage ist ein Festhal-
30 ten an der Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 um
31 jeden Preis, schlicht unseriös und reines Handeln nach
32 parteipolitischem Kalkül. Wir brauchen eine stark aufge-
33 stellte Infrastruktur, die die Bevölkerung schützt, zusätz-
34 liche Gelder z.B. für die Ausstattung der Krankenhaus-
35 infrastruktur und die Unterstützung des Bevölkerungss-
36 chutzes sowie den Ausbau der Schieneninfrastruktur. Da-
37 her müssen wir in der Ampel-Koalition dafür streiten, die
38 Schuldenbremse auch für das Jahr 2023 auszusetzen und
39 so den Spielraum für finanzielle Maßnahmen zu vergrößern.

40

41
42 Da wir uns zurecht so viel damit beschäftigen wie wir
43 Geld ausgeben, müssen wir auch darüber reden wie wir
44 Geld einnehmen. Dabei ist für uns klar, dass die niedrigen
45 und mittleren Einkommen, die derzeit besonders unter
46 Druck stehen, entlastet werden und die starken Schultern
47 mehr stemmen müssen. In der Einkommenssteuer schla-
48 gen wir daher eine Entlastung kleiner und mittlerer Ein-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
gefordert, sich für folgende Maßnahmen zur gerechten
Verteilung der Krisenkosten einzusetzen:

- Aussetzung der Schuldenbremse auch für das Jahr 2023
- eine Sondervermögensabgabe
- eine Sondersteuer auf die Gewinne der Energieunternehmen, **die fossile Energie anbieten**
- eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen in der Einkommenssteuer, die durch eine stärkere Belastung der höchsten 5 % der Einkommen aufkommensneutral ausgestaltet werden kann

49 kommen vor, die durch eine stärkere Belastung der höchst-
50 ten 5 % der Einkommen aufkommensneutral ausgestaltet
51 werden kann. Es braucht eine Sondervermögensabgabe,
52 die ab einem Vermögen von 2 Millionen Euro greifen soll-
53 te. So finanzieren wir solidarisch die Kosten der Krise.

54

55 Wir sollten allerdings nicht bei den Top Vermögenden Halt
56 machen, sondern müssen vor allem auch an die Profiteu-
57 re der aktuellen Krise denken. Die Profiteure des Krieges
58 sind die Mineralölkonzerne und Energieunternehmen. Sie
59 schlagen aus den Wirkungen des Krieges Extraprofite. Die-
60 se Extraprofite sollten in einer Situation, in der der Staat
61 mit Milliardenkrediten den Folgen des Kriegs in der Ukrai-
62 ne begegnet, nicht unter Welpenschutz stehen. Wir müs-
63 sen den Weg gehen, den zuletzt z.B. Italien gegangen ist,
64 nämlich mindestens einen Teil dieser Extraprofite mittels
65 einer Übergewinnsteuer zugunsten der Allgemeinheit ab-
66 schöpfen.